

---

FDP Rosbach

## **ROSBACHER FDP GEGEN GEPLANTE WINDRÄDER VEREINBARUNG ZUR WINDPARK- ENTWICKLUNG WIRD ABGELEHNT**

12.09.2021

---

Gegen Windkraftanlagen in der eigenen Gemarkung und am Winterstein spricht sich die FDP in Rosbach und Rodheim aus. "Für Wald, Tiere und Menschen entstehen durch den Bau der Windräder für immer bleibende und nicht mehr zu beseitigende gravierende Schäden in einem bislang bedeutenden Natur- und Erholungsgebiet. Die Hoffnung auf finanzielle Einnahmen kann dies mitnichten ausgleichen", meint der FDP-Vorsitzende Prof. Jörg Werner entschieden.

Dementsprechend lehnen die Freien Demokraten die vorgelegte Absichtserklärung zur Entwicklung eines Windparks zwischen den Kommunen Rosbach, Wehrheim, Friedberg und Ober-Mörlen sowie dem Bundes- und Landesforst ab. Festgelegt werde dabei, dass bei dem nicht hohen Windpotenzial des 405 Hektar großen Planungsgebiets die Windausnutzung vorrangiges Ziel sei und hierauf aktiv hinzuwirken bleibe. Ebenfalls erwähnte Schutzfunktionen für den Wald würden dabei nicht in gleichem Maße betont. FDP-Fraktionsvorsitzender Hans-Otto Jacobi weist dabei darauf hin, dass Rosbach lediglich im Besitz von 8 Hektar und somit weniger als 2 Prozent der Planungsfläche sei. Entsprechend gering blieben daher am Verhandlungstisch die Einflussmöglichkeiten von Rosbach als deutlich kleinstem Eigentümer.

In den letzten zehn Jahren seien stets Planungsüberlegungen zum Bau von Windrädern wegen Anforderungen zur Flugsicherung und des Denkmalschutzes in Nachbarschaft des Weltkulturerbes Limes gescheitert. Nunmehr wolle der Bundeswirtschaftsminister mit erheblichem finanziellen Aufwand ein neues System zur Flugsicherung für das Gebiet einsetzen, das den Bau von Windrädern ermöglichen solle. Bezeichnend für den unvernünftigen Ausbauwillen von Windrädern seien auch Meinungsäußerungen zu der

umstrittenen von der Denkmalpflege geforderten Pufferzone und dem Mindestabstand von Windrädern zum Limes: Teilweise werde die Meinung vertreten: Wenn dem Limes der Status eines Welterbes durch die UNESCO entzogen werde, sei dies zwar bedauerlich aber letztlich nicht zu verhindern.

Bei dem offenbar von der Stadt angestrebten Bau eines Windrades auf Rosbacher Gebiet entstünden zudem weitere Belastungen. Die für den Bau eines Windrades erforderlichen mehrere tausend Tonnen an Stahl oder Beton sowie die riesigen Rotorblätter könnten nicht auf den vorhandenen Waldwegen antransportiert werden. Auch durch den notwendigen Straßenbau würden bedauerliche Weichen mit der Abkehr des Waldes von einem Natur- in ein Industriegebiet gestellt.

Verantwortlich: Hans-Otto Jacobi, FDP-Fraktionsvorsitzender

Unterschrift des beigefügten Bildes auf der Folgeseite: Mitglieder der FDP in Rosbach und Wehrheim stimmen sich wegen ihrer Ablehnung von Windrädern in ihrer Kommune und in der Nachbarschaft ab.